



## MERKBLATT ab 01.10.2022

für Personen, die zur Ausbildung von Tiermedizinischen Fachangestellten beitragen

Inhaltsverzeichnis	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Ausbildungsdauer</li><li>2. Ausbildungsordnung</li><li>3. Ausbildungsvertrag</li><li>4. Ausbildungsnachweis/Berichtsheft</li><li>5. Berufsbildungsgesetz</li><li>6. Berufsschulen in Niedersachsen</li><li>7. Beschäftigung von Auszubildenden gemäß §14 Abs. 2 BBiG</li><li>8. Jugendarbeitsschutzgesetz</li><li>9. Prüfungen</li><li>10. Sonstiges<ul style="list-style-type: none"><li>- Arbeitszeitgesetz</li><li>- EQJ/Einstiegsqualifikation</li><li>- Mutterschutzgesetz</li><li>- Umschulungsmaßnahmen</li></ul></li></ol>																		
Abkürzungen	<table><tr><td>AO-TFA</td><td>Ausbildungsordnung für Tiermedizinische Fachangestellte</td></tr><tr><td>ArbZG</td><td>Arbeitszeitgesetz</td></tr><tr><td>BBA</td><td>Berufsbildungsausschuss der Kammer</td></tr><tr><td>BBiG</td><td>Berufsbildungsgesetz</td></tr><tr><td>BiBB</td><td>Bundesinstitut für Berufliche Bildung</td></tr><tr><td>JArbSchG</td><td>Jugendarbeitsschutzgesetz</td></tr><tr><td>MuSchG</td><td>Mutterschutzgesetz</td></tr><tr><td>RöV</td><td>Röntgenverordnung</td></tr><tr><td>TFA</td><td>Tiermedizinische Fachangestellte</td></tr></table>	AO-TFA	Ausbildungsordnung für Tiermedizinische Fachangestellte	ArbZG	Arbeitszeitgesetz	BBA	Berufsbildungsausschuss der Kammer	BBiG	Berufsbildungsgesetz	BiBB	Bundesinstitut für Berufliche Bildung	JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz	MuSchG	Mutterschutzgesetz	RöV	Röntgenverordnung	TFA	Tiermedizinische Fachangestellte
AO-TFA	Ausbildungsordnung für Tiermedizinische Fachangestellte																		
ArbZG	Arbeitszeitgesetz																		
BBA	Berufsbildungsausschuss der Kammer																		
BBiG	Berufsbildungsgesetz																		
BiBB	Bundesinstitut für Berufliche Bildung																		
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz																		
MuSchG	Mutterschutzgesetz																		
RöV	Röntgenverordnung																		
TFA	Tiermedizinische Fachangestellte																		

<p><b>Herausgeber</b></p> <p><b>Tierärztekammer Bremen</b> Körperschaft des öffentlichen Rechts Postfach 410221 28312 Bremen <a href="http://www.tieraerztekammer-bremen.org">www.tieraerztekammer-bremen.org</a></p>	<p>Erarbeitet von <b>Dr. Andreas Seide</b> Präsident TÄK Bremen mit freundlicher Genehmigung von Frau Josten-Ladewig, Vertrauens TFA der Tierärztekammer Niedersachsen</p>
---	--

### 1. Ausbildungsdauer

Ausbildungsdauer	Drei Jahre im dualen System. (Teilzeitmöglichkeiten beachten!)
Verkürzung der Ausbildungsdauer	Aufgrund eines gemeinsamen Antrags von Ausbildenden und Auszubildenden kann die Ausbildungsdauer um höchstens ein Jahr verkürzt werden. (Die Verkürzung der Ausbildungsdauer muss im betrieblichen Ausbildungsplan berücksichtigt werden.)
Teilzeitausbildung	<p>Im BBiG wurde die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung entweder für die gesamte Ausbildungszeit oder auch nur für einen bestimmten Zeitraum dieser gesetzlich geregelt. Umgesetzt werden kann dies durch Kürzung der wöchentlichen oder der täglichen Arbeitszeit um maximal 50 %.</p> <p>Bei entsprechender Anwendung verlängert sich in Folge die Dauer der Teilzeitberufsausbildung entsprechend, höchstens jedoch bis zum Eineinhalbfachen der regulären Ausbildungsdauer, d. h. auf maximal 4,5 Jahre.</p> <p><b>Beispiele: 50 % Teilzeit bei 3 Jahren Ausbildung ergeben</b>  <math>1,5 + 3 = 4,5</math> Jahre Gesamtdauer;  <b>50 % Teilzeit nur eines Ausbildungsjahres ergeben</b>  Erfüllung von 83 % Ausbildungsdauer + 17 % Verlängerung =  <math>0,51 + 3 = 3,5</math> Jahre Gesamtdauer.</p> <p>Weitere individuell zu berechnenden Fällen sind möglich.</p> <p>Ein Sonderfall der Verlängerung über 4,5 Jahre hinaus bis zur nächstmöglichen Abschlussprüfung tritt jedoch ein, wenn eine erste Abschlussprüfung nicht bestanden wird oder wenn der Auszubildende dies beantragt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 7a BBiG und Hinweise des BiBB</li> </ul>
Ausbildungsende	<p>Die Ausbildung endet mit Ablauf der Ausbildungszeit bzw. mit Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses durch den Prüfungsausschuss - je nachdem, was eher eintritt. In der Regel wird sie am Tage der praktischen Prüfung enden, wenn an diesem das Ergebnis schriftlich bekanntgegeben wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 21 BBiG</li> </ul>
Verlängerung der Ausbildungszeit	<p>Die Verlängerung der Ausbildungszeit ist nur ausnahmsweise möglich bei Vorliegen besonderer Gründe (in der Regel längere, von der Auszubildenden/von dem Auszubildenden nicht zu vertretene Ausfallzeiten oder eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung der/des Auszubildenden). Die Wiederholung eines Ausbildungsjahres aufgrund mangelnder Leistungen ist nicht möglich.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 8 BBiG und Kommentar zum BBiG</li> </ul>
Bei nichtbestandener Abschlussprüfung	<p>Bei nichtbestandener Abschlussprüfung ist der Ausbildungsbetrieb zur Verlängerung des Berufsausbildungsverhältnisses (maximal 1 Jahr) und zur Begleichung der anstehenden Prüfungsgebühren verpflichtet. Sollte der/die Auszubildende aber das Durchfallen mit Vorsatz herbeigeführt haben (z. B. um eine drohende Arbeitslosigkeit zu vermeiden), so muss der Ausbildungsbetrieb das Ausbildungsverhältnis nicht verlängern.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 21 Abs. 3 BBiG</li> </ul>

## 2. Ausbildungsordnung (AO)

Die Ausbildungsordnung regelt bundeseinheitlich verbindlich den betrieblichen Teil der Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen gemäß Berufsbildungsgesetz. Die Kenntnis der „Verordnung über die Berufsausbildung zum/zur Tiermedizinischen Fachangestellten“ wird bei Auszubildenden und Ausbildern von Tiermedizinischen Fachangestellten vorausgesetzt.

Ausbildungsinhalte	Die AO-TFA nennt die Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, die den Auszubildenden im Ausbildungsbetrieb mindestens zu vermitteln sind. <ul style="list-style-type: none"> <li>● Auflistung siehe § 4 AO-TFA</li> </ul> In jedem Ausbildungsbetrieb muss sichergestellt sein, dass diese Inhalte auch tatsächlich vermittelt werden können, gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Betrieben (siehe „Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte“).
(Betrieblicher) Ausbildungsplan	Ausbildende haben unter Zugrundelegung des Ausbildungsrahmenplans der AO-TFA einen betrieblichen Ausbildungsplan zu erstellen. Dieser beinhaltet die sachliche und zeitliche Gliederung der Berufsausbildung im Ausbildungsbetrieb und dient dem Zweck, die zu vermittelnden Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten auf die jeweils gegebenen betrieblichen Verhältnisse und Erfordernisse zu übertragen. <ul style="list-style-type: none"> <li>● § 6 AO-TFA</li> <li>● siehe Kopiervorlage der TK Nds.</li> </ul>

### 3. Ausbildungsvertrag

Vertragsabschluss	Spätestens zu Beginn des Berufsbildungsverhältnisses muss ein schriftlicher Ausbildungsvertrag abgeschlossen werden. Vertragsformulare sind über die Tierärztekammer Bremen oder die Homepage der BTK zu beziehen. Die Ausbildungsverträge und die ausgefüllten Richtlinien zur Ausbildung sind vollständig ausgefüllt und unterschrieben in dreifacher Ausfertigung zur Eintragung in das Verzeichnis vorzulegen. Diese Eintragung haben Auszubildende unverzüglich nach Abschluss des Vertrages zu beantragen. <ul style="list-style-type: none"> <li>● §§ 10, 11 und 36 BBiG</li> </ul>
Vertragsinhalt (Mindestangaben)	→ Beginn und Dauer der Ausbildung → Sachliche und zeitliche Gliederung (betrieblicher Ausbildungsplan) → Dauer der Probezeit → Dauer der regelmäßigen täglichen Ausbildungszeit → Höhe der Ausbildungsvergütung → Dauer des Urlaubs → Voraussetzungen, unter denen der Vertrag gekündigt werden kann → Allgemeine Hinweise auf den Tarifvertrag für TFA → Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte (falls erforderlich) → Form des Ausbildungsnachweises (Berichtsheft – schriftl. nach § 7 AO-TFA) <ul style="list-style-type: none"> <li>● § 11 BBiG</li> </ul>
Betrieblicher Ausbildungsplan	Der betriebliche Ausbildungsplan ist Bestandteil des Berufsausbildungsvertrages und ist der Kammer, auf Nachfrage, vorzulegen. <ul style="list-style-type: none"> <li>● § 36 BBiG &amp; Kopiervorlage im Anhang des Ausbildungsvertrages.</li> </ul> Erläuterungen zum betrieblichen Ausbildungsplan finden Sie bei: „Tiermedizinische Fachangestellte / Tiermedizinischer Fachangestellter: Umsetzungshilfen und Praxistipps Ausbildung gestalten“ (Kostenlos im Internet)
Probezeit	Die Ausbildung beginnt mit der Probezeit. Sie muss mindestens einen Monat

	<p>und darf <u>maximal vier Monate</u> betragen. Die Probezeit kann vertraglich (nur) verlängert werden, wenn mehr als 1/3 der Zeit ausgefallen ist, und zwar um die ausgefallene Zeit.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● § 20 BBiG</li> <li>● § 1 des Ausbildungsvertrages</li> </ul>
Ausbildungszeit	<p>Die TFA-AO geht von einer Vollzeitausbildung aus = 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● Kommentar zum BBiG</li> </ul>
Überstunden/Mehrarbeit	Siehe unter „ <b>Beschäftigung von Auszubildenden gemäß § 14 Abs. 1, 3 BBiG</b> “
Vergütung	<p>Bitte beachten Sie zusätzlich die aktuellen Mantel- und Gehaltstarifverträge für TFA, deren Anwendung die TÄK Bremen empfiehlt.</p> <p>Diese sehen ab 01.10.2022 folgende Vergütungsstaffel für Auszubildende im im ersten Ausbildungsjahr Euro <b>790,00</b>, im zweiten Ausbildungsjahr Euro <b>870,00</b>, im dritten Ausbildungsjahr Euro <b>950,00</b> vor.</p>
Urlaub	<p>Nach <b>Tarifvertrag</b> (im Vertragsmuster einbezogen) beträgt der Anspruch <b>29 Arbeitstage/34 Werktage</b> pro Kalenderjahr. Je nach Festlegung der Ausbildungszeit auf Arbeits-/Werktage muss auch der Urlaub entsprechend gewährt werden.</p> <p>Bei <b>jugendlichen Auszubildenden</b> beträgt der <b>reguläre Urlaubsanspruch</b> nach § 19 JArbSchG unter Beachtung der 5-Tage-Woche und des Arbeitsverbotes an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mindestens 30 Urlaubstage, wenn der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahrs noch nicht 16 Jahre alt ist,</li> <li>2. mindestens 27 Urlaubstage, wenn der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahrs noch nicht 17 Jahre alt ist,</li> <li>3. mindestens 25 Urlaubstage, wenn der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahrs noch nicht 18 Jahre alt ist.</li> </ol> <p>Bei Jugendlichen gilt immer die für diese günstigere Regelung, entweder nach JArbSchG oder nach Tarifvertrag (wenn dieser im Vertrag einbezogen ist).</p> <p><b>Mindesturlaubsanspruch</b> (pro Kalenderjahr, in welchem das Ausbildungsverhältnis mindestens 6 Monate ununterbrochen besteht)</p> <p>Arbeitstage = 20 oder, Werktage = 24.</p> <p>Auch hier gilt - bei Tarifbindung könnte zwingend vom Mindestanspruch zugunsten der/s Auszubildenden abzuweichen sein.</p>
<p>Kündigung:</p> <p>→ innerhalb der Probezeit</p> <p>→ nach der Probezeit</p>	<p>Von Ausbildern und Auszubildenden ist innerhalb der Probezeit eine Kündigung fristlos und ohne Angabe von Gründen möglich. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.</p> <p>Nach der Probezeit bestehen folgende Beendigungsmöglichkeiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der/Die Auszubildende kann wegen Aufgabe der Berufsausbildung an sich oder Wahl einer anderen Berufsausbildung mit einer Vier-Wochen-Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis beenden. Die Kündigung muss schriftlich unter Angabe des Kündigungsgrundes erfolgen.</li> <li>2. Von beiden Seiten aus wichtigem Grund ohne Kündigungsfrist. Die Kündigung muss schriftlich unter Angabe des Kündigungsgrundes innerhalb von 2 Wochen erfolgen.</li> </ol>

	<p>Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt unter anderem dann vor, wenn ein bestimmter Sachverhalt gegeben ist, aufgrund dessen dem Kündigenden die Fortsetzung des Berufsausbildungsverhältnisses unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls und der Abwägung der Interessen beider Vertragspartner nicht mehr zumutbar ist.</p> <p>Vor der Kündigung aus wichtigem Grund sind seitens des Ausbildenden nach der Rechtsprechung im Regelfall immer eine oder mehrere Abmahnung/en gleichartiger Pflichtverletzungen erforderlich. Mehrere Abmahnungen verschiedener Pflichtverletzungen können aber auch zu dem notwendigen wichtigen Grund führen, wenn deshalb in der Gesamtschau eine Ausbildung nach BBiG nicht mehr gewährleistet werden könnte.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 22 &amp; Kommentar zum BBiG</li> </ul>
Kündigung von Jugendlichen	Betrifft die Kündigung ein Ausbildungsverhältnis mit einer/einem Jugendlichen, sind immer die gesetzlichen Vertreter oder die Sorgeberechtigten zu beteiligen.
Tarifverträge	<p>Tarifpartner sind der Bundesverband praktizierender Tierärzte bpt (Arbeitgeber) und der Verband medizinischer Fachberufe VMF (Arbeitnehmer).</p> <p>Die Tarifverträge gelten für Mitglieder der Tarifpartner oder durch vertragliche Vereinbarung, dass diese Anwendung finden. Des Weiteren gelten die Bestimmungen des BBiG und des JArbSchG.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 10 Ausbildungsvertrag für TFA</li> <li>• aktuelle Tarifverträge</li> </ul>
<b>Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte</b>	<p><b>Diese sind notwendig, wenn im Ausbildungsbetrieb nicht alle erforderlichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten gemäß Ausbildungsverordnung vermittelt werden können.</b></p> <p><b>Hinweis: Bei einem Austausch tritt in der Regel die gesetzliche Unfallversicherung des Ausbildungsbetriebes ein.</b></p>

#### **4. Ausbildungsnachweis/Berichtsheft**

Schriftlicher Ausbildungsnachweis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• AO-TFA § 7</li> </ul> <p>Es wird ein Fachaufsatz monatlich verlangt (mindestens 30 bei einer dreijährigen- bzw. 20 bei einer zweijährigen Ausbildung).</p> <p>Das Führen des schriftlichen Ausbildungsnachweises ist Voraussetzung für die Zulassung zur Abschlussprüfung.</p>
-----------------------------------	---

#### **5. Berufsbildungsgesetz (BBiG)**

Das Berufsbildungsgesetz regelt in Deutschland die Berufsausbildung im dualen System, die Fortbildung sowie die berufliche Umschulung. Es regelt ferner die Voraussetzungen des Berufsausbildungsverhältnisses. Das BBiG beschreibt die rechtlichen Sachverhalte zur Durchführung der Berufsausbildung, der Prüfungen und der Überwachung der Ausbildung; es

ist das wichtigste Gesetz zur Durchführung und Ordnung der Berufsausbildung. Die Kenntnis des BBiG wird bei Auszubildenden und Ausbildern vorausgesetzt.

Regelungen im BBiG (Auszug)	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Pflichten der/des Auszubildenden (§ 13)</li> <li>→ Pflichten der/des Ausbildenden (§§ 14-16)</li> <li>→ Eignung der Ausbildungsstätte (§ 27)</li> <li>→ Eignung von Ausbildern (§§ 28-30)</li> <li>→ Überwachung der Eignung (§ 32)</li> <li>→ Prüfungswesen (§§ 37 ff)</li> </ul>
-----------------------------	---

## **6. Berufsschule**

Duale Ausbildung	<p>Die Ausbildung zum/zur TFA erfolgt dual, d.h. im Ausbildungsbetrieb und in der Berufsschule.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● § 2 BBiG</li> </ul> <p>Eine Befreiung von der Berufsschulpflicht ist nicht möglich.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● § 58 NSchG</li> </ul> <p>Die Ausbildenden sind verpflichtet, die Auszubildenden für die Teilnahme am Berufsschulunterricht freizustellen; Auszubildende sind zur Teilnahme am Berufsschulunterricht verpflichtet.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● §§ 13, 15 BBiG</li> </ul>
Berufsschultage	→ 1., 2. und 3. Ausbildungsjahr je 2 Tage pro Woche
Anrechnung von Zeiten des Berufsschulunterrichtes auf Arbeits-/Ausbildungszeiten	<p>Keine Beschäftigung bei vor 9 Uhr beginnendem Berufsschulunterricht. Anrechnung von Berufsschulzeiten auf die vertraglich vereinbarten Ausbildungs-/Arbeitszeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● Für einen (den ersten) Berufsschultag in der Woche mit mehr als 5 Unterrichtsstunden à 45 min die durchschnittliche, tägliche Ausbildungszeit (in der Regel 8 h),</li> <li>● davon abweichend (Unterricht weniger als 5 Stunden à 45 min) oder an weiteren Berufsschultagen die tatsächliche Unterrichtszeit einschließlich der Pausen sowie Freistunden zwischen diesen,</li> <li>● für Prüfungen die gesamte Teilnahmezeit einschließlich von Pausen,</li> <li>● am Arbeitstag vor der schriftl. Abschlussprüfung mit der durchschnittlichen täglichen Ausbildungszeit (in der Regel 8 h).</li> </ul> <p>Es erfolgt eine Freistellung an diesem Tag.</p> <p>Weiterhin gilt, ergänzend zu diesen Anrechnungsregelungen, die Rechtsprechung bezüglich der Anrechnung der Wegezeit von der Berufsschule zur Ausbildungsstätte, wenn an diesem Tag rechnerisch noch Ausbildung/Heranziehung zu Arbeitstätigkeiten möglich wäre BAG Beschluss v. 26.03.2001 – 5 AZR 413/99):</p> <p>„Die Freistellung von der betrieblichen Ausbildung umfasst notwendigerweise auch die Zeiträume, in denen der Auszubildende zwar nicht am Berufsschulunterricht teilnehmen muss, aber wegen des Schulbesuchs aus tatsächlichen Gründen gehindert ist, im Ausbildungsbetrieb</p>



	an der betrieblichen Ausbildung teilzunehmen. Dies betrifft insbesondere die Zeiten des notwendigen Verbleibs an der Berufsschule während der unterrichtsfreien Zeit und die notwendigen Wegezeiten zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb.“
Berufsschule in Bremen	Schulzentrum des Sekundarbereiches II Walle -Berufliche Schulen für Gesundheit- Lange Reihe 81 28219 Bremen

## **7. Beschäftigung von Auszubildenden gemäß § 14 Abs. 2 BBiG**

Notdienst, Wochenenddienste und Rufbereitschaft	Ein regelmäßiger Einsatz von Auszubildenden im Notdienst, Wochenenddienst und in der Rufbereitschaft ist nach Berufsbildungsrecht grundsätzlich nicht vorgesehen. Der Einsatz von Auszubildenden ist für derartige Dienste nur in Ausnahmefällen zulässig, solange berufliche Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten erworben werden, die nach der Ausbildungsverordnung zu vermitteln sind und die nicht während der vereinbarten regelmäßigen täglichen Ausbildungszeit vermittelt werden können. Während des Einsatzes von Auszubildenden ist die Anwesenheit eines Ausbilders erforderlich. <b>Die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes sind unbedingt zu beachten.</b> Dies betrifft insbesondere sämtliche Regelungen zu Arbeitszeiten und zu gewährenden Pausen.
Röntgen	Auszubildende dürfen nur im Rahmen der Berufsausbildung in Zusammenarbeit mit dem Strahlenschutzbeauftragten zum Röntgen herangezogen werden. Ausbilder haben die Auszubildenden ausdrücklich anzuhalten, Schutzkleidung und Dosimeter zu tragen sowie die erforderlichen Schutzmaßnahmen einzuhalten. • § 146 StrlSchV
Überstunden/Mehrarbeit	<b>Überstunden bzw. Mehrarbeit</b> sind vom Arbeitgeber angeordnete Arbeitszeiten, die über die vertraglich vereinbarte Regelarbeitszeit hinaus zu leisten sind. Sie dienen dem Abbau von Arbeitsspitzen und sind <b>bei Auszubildenden grundsätzlich nicht vorgesehen.</b> Eine über die vereinbarte regelmäßige Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung der/des Auszubildenden (falls im Ausnahmefall für den Erwerb beruflicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten notwendig) ist grundsätzlich besonders zu vergüten oder durch entsprechende Freizeitgewährung auszugleichen. Um eine verantwortungsvolle und fachgerechte Ausbildung der Tiermedizinischen Fachangestellten zu gewährleisten, müssen ausbildende Tierärztinnen und Tierärzte in persönlicher Hinsicht sowie bezüglich der Art und Einrichtung der Ausbildungsstätte bestimmte Voraussetzungen erfüllen. • §§ 17, 27 – 30 BBiG
Fachliche und persönliche Eignung von Auszubildenden	Approbation – Niederlassung in eigener Praxis - Kenntnis und Einhaltung aller für die Berufsausbildung geltende Gesetze, Richtlinien und Vorschriften.

Erklärung der/des Ausbildenden	Die Tierärztekammer hat bei jeder Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse zu überprüfen, ob die Voraussetzungen hierfür gewährleistet sind. Auszubildende haben daher für jeden Ausbildungsvertrag persönlich eine Erklärung zu unterzeichnen, dass die Voraussetzungen für die Ausbildung von TFA für dieses Ausbildungsverhältnis erfüllt sind (Richtlinien und Hinweise zur Ausbildung).
--------------------------------	---

## **8. Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)**

Arbeitgeber/Ausbilder, die mindestens einen Jugendlichen beschäftigen, müssen das JArbSchG an geeigneter Stelle zur Einsicht in der Arbeitsstätte bzw. im Ausbildungsbetrieb aushängen und die Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde (staatl. Gewerbeaufsichtsamt) bekannt geben. Die Kenntnis des JArbSchG wird beim Ausbilden von Jugendlichen vorausgesetzt.

Einige wichtige Regelungen für jugendliche Auszubildende im Ausbildungsberuf der/des TFA werden nachfolgend in Kurzfassung dargestellt. Ausführliche Informationen entnehmen Sie bitte dem Gesetzestext. Ausnahmeregelungen anderer Berufszweige, wie z.B. in der Landwirtschaft und in der Tierhaltung, sind nicht übertragbar!

Dauer der Arbeitszeit	Jugendliche dürfen nicht mehr als acht Stunden täglich und nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Wenn an einzelnen Werktagen die Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden verkürzt ist, können Jugendliche an den übrigen Werktagen derselben Woche achteinhalb Stunden beschäftigt werden. ● § 8 JArbSchG
Ruhepausen	Jugendlichen müssen im Voraus feststehende Ruhepausen von angemessener Dauer gewährt werden. Die Ruhepausen müssen mindestens betragen: → 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb bis zu sechs Stunden. → 60 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden. ● § 11 JArbSchG
Tägliche Freizeit	Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit dürfen Jugendliche nicht vor Ablauf einer <b>ununterbrochenen Freizeit von mindestens 12 Stunden</b> beschäftigt werden. ● § 13 JArbSchG
Nachruhe	Jugendliche dürfen in der Zeit von 20:00 Uhr bis 06:00 Uhr nicht beschäftigt werden. ● § 14 JArbSchG
5 – Tage – Woche	Jugendliche dürfen nur an fünf Tagen in der Woche beschäftigt werden. Die beiden wöchentlichen Ruhetage sollen nach Möglichkeit aufeinander folgen. ● § 15 JArbSchG
Samstags-/Sonntagsruhe	Jugendliche dürfen nicht an Samstagen und Sonntagen arbeiten. Zulässig ist die Beschäftigung Jugendlicher am Wochenende nur im tierärztlichen Notdienst. Mindestens zwei Samstage im Monat sollen und zwei Sonntage müssen in derartigen Fällen beschäftigungsfrei bleiben. Werden Jugendliche am Samstag/Sonntag beschäftigt, ist ihnen die 5-Tage-Woche durch Freistellung an einem anderen berufsschulfreien Arbeitstag derselben Woche sicherzustellen. In Betrieben mit einem Betriebsruhetag in der Woche kann die Freistellung auch an diesem Tag erfolgen, wenn die Jugendlichen an diesem Tag keinen Berufsschulunterricht haben.



	<ul style="list-style-type: none"> <li>• §§ 15 – 17 JArbSchG</li> </ul>
Feiertagsruhe	<p>Am 24. und 31. Dezember nach 14 Uhr und an gesetzlichen Feiertagen dürfen Jugendliche nicht beschäftigt werden.</p> <p>Zulässig ist die Beschäftigung Jugendlicher an gesetzlichen Feiertagen in den Fällen des tierärztlichen Notdienstes, ausgenommen am 25. Dezember, am 1. Januar, am 1. Osterfeiertag und am 1. Mai.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 18 JArbSchG</li> </ul>
Erstuntersuchung und erste Nachuntersuchung	<p>Ein Jugendlicher, der in das Berufsleben eintritt, darf nur beschäftigt werden, wenn er innerhalb der letzten vierzehn Monate von einem Arzt untersucht worden ist (Erstuntersuchung) und dem Arbeitgeber eine von diesem Arzt ausgestellte Bescheinigung vorliegt.</p> <p>Ein Jahr nach Aufnahme der ersten Beschäftigung hat sich der Arbeitgeber die Bescheinigung eines Arztes darüber vorlegen zu lassen, dass der Jugendliche nachuntersucht worden ist (erste Nachuntersuchung). Die Nachuntersuchung darf nicht länger als drei Monate zurückliegen. Der Arbeitgeber soll den Jugendlichen neun Monate nach Aufnahme der ersten Beschäftigung nachdrücklich auf den Zeitpunkt, bis zu dem der Jugendliche ihm die ärztliche Bescheinigung vorzulegen hat, hinweisen und ihn auffordern, die Nachuntersuchung bis dahin durchführen zu lassen.</p> <p>Legt der Jugendliche die Bescheinigung nicht nach Ablauf eines Jahres vor, hat ihn der Arbeitgeber innerhalb eines Monats unter Hinweis auf das Beschäftigungsverbot nach Absatz 3 schriftlich aufzufordern, ihm die Bescheinigung vorzulegen. Je eine Durchschrift des Aufforderungsschreibens hat der Arbeitgeber dem Personensorgeberechtigten und dem Betriebs- oder Personalrat zuzusenden, sofern es Letzteren gibt.</p> <p>Der Jugendliche darf nach Ablauf von 14 Monaten nach Aufnahme der ersten Beschäftigung nicht weiterbeschäftigt werden, solange er die Bescheinigung nicht vorgelegt hat.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• §§ 32 - 46 JArbSchG</li> </ul>

## **9. Prüfungen**

Prüfungen	<p>Es finden in jedem Jahr i.d.R. zwei Zwischenprüfungen und zwei Abschlussprüfungen statt. Für die Teilnahme an den Prüfungen sind die Auszubildenden unter Fortzahlung der Vergütung von der Arbeitserbringung freizustellen.</p>
Fehlzeiten	<p>Zur Abschlussprüfung wird nur zugelassen, wer die Ausbildungszeit zurückgelegt hat (§43 Abs. 1 Nr. 1 BBiG).</p> <p>Einer Zulassung stehen Fehlzeiten von mehr als 10 % entgegen. In Fällen mit Fehlzeiten von mehr als 15 % oder solchen mit mehr als 10 % und negativem Votum der Kammer entscheidet der Prüfungsausschuss über die Zulassung unter Berücksichtigung der Lage der Fehlzeiten und der bisher in Theorie und Praxis gezeigten Leistungen. Je näher entscheidungserhebliche Fehlzeiten zum Prüfungstermin liegen, umso mehr Gewicht erhalten sie.</p> <p>Grundsätzlich wird jeder Einzelfall individuell geprüft.</p>
Vorzeitige Zulassung	<p>Bei überdurchschnittlichen Leistungen ist eine Zulassung zur Abschlussprüfung vor Ablauf der vereinbarten Ausbildungszeit auf Antrag des Auszubildenden und nach Anhörung der Auszubildenden möglich.</p> <p>Je früher ein Auszubildender zugelassen werden möchte, desto höher sind die Leistungsanforderungen. Durch eine vorzeitige Zulassung soll aber i.d.R.</p>

eine Mindestausbildungszeit von 22 Monaten nicht unterschritten werden.  
• § 45 BBiG

## 10. Sonstiges

Arbeitszeitgesetz (ArbZG)	Das Arbeitszeitgesetz schützt die Gesundheit der Arbeitnehmer durch die Begrenzung der höchstzulässigen täglichen Arbeitszeit, durch Festsetzung von Mindestruhepausen während der Arbeitszeit und durch Mindestruhepausen zwischen Beendigung und Wiederaufnahme der Arbeit. Es gilt für Angestellte sowie für die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten nach Vollendung des 18. Lebensjahrs. Für Personen unter 18 Jahren gilt das Jugendarbeitsschutzgesetz.
EQ/Einstiegsqualifikation	Die Tierärztekammer Bremen beteiligt sich am Programm „Einstiegsqualifikation Jugendlicher“. Entsprechende Verträge werden von der Kammer registriert. Absolvierte Praktikumszeiten können im Ausnahmefall teilweise als Ausbildungszeit anerkannt werden. Die Einstiegsqualifizierung sollte möglichst nur angeboten werden, wenn eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, eine Ausbildung anzuschließen.
Mutterschutzgesetz	Der gesetzliche Mutterschutz hat die Aufgabe, sowohl schwangere, als auch stillende Frauen (bis zu 1 Jahr nach Entbindung) und ihr Kind vor Gefährdung, Überforderung und Gesundheitsschäden am Arbeitsplatz, vor finanziellen Einbußen sowie vor den Verlust des Arbeitsplatzes während der Schwangerschaft und einige Zeit nach der Geburt zu schützen. Das Mutterschutzgesetz gilt im vollen Umfang auch für weibliche Auszubildende. Es regelt beispielsweise: <ul style="list-style-type: none"><li>- Kündigungsschutz</li><li>- Beschäftigungsverbot</li><li>- Mutterschutzlohn bei Beschäftigungsverboten außerhalb der Mutterschutzfrist</li><li>- Mutterschutzfristen</li><li>- Mutterschaftsgeld während der Mutterschutzfristen</li><li>- Wiederaufnahme der Berufstätigkeit/Berufsausbildung</li><li>- Umgang mit Urlaubsansprüchen</li></ul> Ausführliche Informationen entnehmen Sie bitte dem Gesetzestext. In Betrieben, in denen regelmäßig mehr als drei Frauen beschäftigt werden, ist das Mutterschutzgesetz an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen oder auszuhängen.
Umschulungsmaßnahmen	Umschulungsmaßnahmen sind durch den Träger dieser Maßnahme in der Regel an eine Verkürzung der Ausbildungsdauer gebunden. Für Umschüler gelten im Bereich der Tierärztekammer Bremen die gleichen Voraussetzungen für eine Verkürzung der Ausbildungsdauer wie für ein reguläres Berufsausbildungsverhältnis.

## ANLAGEN

Aktuelle Internetadressen für	Ausbildungsordnung TFA Ausbildungsrahmenplan Berufsbild TFA Gehaltstarifvertrag Manteltarifvertrag Rahmenlehrplan für die Berufsschule  Verband medizinischer Fachberufe e.V. <a href="http://www.vmf-online.de">www.vmf-online.de</a>  Berufsbild TFA Ausbildungsverordnung Tarifverträge Prüfungsordnung Prüfungstermine Berufsschulen Ausbildungsberater/in Ausbildung/Umschulung in Teilzeit  Berufsbildungsgesetz (BBiG) <a href="http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bbig_2005/gesamt.pdf">http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bbig_2005/gesamt.pdf</a>  Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) <a href="http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/jarbschg/gesamt.pdf">http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/jarbschg/gesamt.pdf</a>  Arbeitszeitgesetz (ArbZG) <a href="http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/arbzg/gesamt.pdf">http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/arbzg/gesamt.pdf</a>  Mutterschutzgesetz (MuSchG) <a href="http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/muschg/gesamt.pdf">http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/muschg/gesamt.pdf</a>  Röntgenverordnung (RöV) <a href="http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/r_v_1987/gesamt.pdf">http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/r_v_1987/gesamt.pdf</a>  Ausbildung & Beruf (Rechte und Pflichten während der Berufsausbildung) <a href="https://www.bmbf.de/pub/ausbildung_und_beruf.pdf">https://www.bmbf.de/pub/ausbildung_und_beruf.pdf</a>  Erläuterungen zum Ausbildungsberuf Tiermedizinische Fachangestellte <a href="http://www.prueferportal.org/html/1552.php">http://www.prueferportal.org/html/1552.php</a>
----------------------------------	---